

SOZIALE FRAUENSCHULE UND SOZIALPÄDAGOGI- SCHES INSTITUT HAMBURG | Gründung, Krise und Fortbe- stand zwischen 1917 und 1933*

Stephan Larisch; Dieter Röh

Zusammenfassung | Dieser Aufsatz über die Geschichte der Sozialen Frauenschule und des Sozialpädagogischen Instituts in Hamburg basiert auf historischen Dokumenten des Archivs der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) in Hamburg aus den Jahren 1917 bis zirka 1925. Er zeigt, wie nach dem Weggang der beiden Gründerinnen *Gertrud Bäumer* und *Marie Baum* der neuen Leiterin, *Margarethe Treuge*, in den Krisenjahren von 1920 bis 1933 die Sicherung und der Fortbestand der Einrichtung durch den Aufbau und die Pflege eines dichten Netzwerks an Förderern und Unterstützern, bestehend aus bedeutenden Hamburger Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft, gelang.

Abstract | This article about the history of the „Soziale Frauenschule“ and the „Sozialpädagogisches Institut“ in Hamburg is based on historical documents from the archive of the University of Applied Sciences Hamburg (HAW) covering the years from 1917 until 1925. It shows, how – after the departure of the school’s founders *Gertrud Bäumer* and *Marie Baum* – the current director *Margarethe Treuge* secured the future of the social school through a close network of very important persons out of politics, sciences, culture and business.

Schlüsselwörter ► Sozialarbeit

- Ausbildung ► historische Entwicklung
- Hamburg ► Soziale Frauenschule

Einleitung | Die Geschichte der Sozialen Arbeit wurde in den letzten Jahren immer „in Großbuchstaben verfasst“ und umfangreiche chronologische oder thematisch fokussierte Werke avancierten zur Standardliteratur in der beruflichen Disziplin und in der Lehre der Sozialen Arbeit (*Wendt 2008, Sachße; Tennstedt 1998, Müller 1994*). In ihnen findet man,

je nach Werk, vom Mittelalter an bis in das 20. Jahrhundert viele Informationen über die Entstehung und Entwicklung des Berufes. Auch zur Geschichte der Ausbildungsgänge und -institutionen ist bereits umfangreiches Material vorhanden (*Amthor 2003*). Doch was wissen wir über die Details, zum Beispiel über die Entwicklung der Sozialen Frauenschulen in den krisengeschüttelten ersten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts? So wird in vielen der erwähnten Werke die am 30. April 1917, neun Jahre nach der von *Alice Salomon* eröffneten ersten Sozialen Frauenschule in Berlin gegründete Soziale Frauenschule in Hamburg nur kurz erwähnt (vgl. *Amthor 2003, S. 283*). Ausnahmen bilden das Buch von *Barbara Dünkel* und *Vereina Fesl* (1999) und das Themenheft „75 Jahre Sozialarbeiter-Ausbildung in Hamburg“ der Zeitschrift standpunkt:sozial von 1992. Dies ist umso erstaunlicher, als die beiden Gründerinnen, *Gertrud Bäumer* (1873-1954) und *Marie Baum* (1874-1964), wohl zu den aktivsten und schillerndsten Persönlichkeiten der Pionier- beziehungsweise Gründerzeit Sozialer Arbeit zu zählen sind.

Wir wollen mit diesem historischen Aufsatz den Blick auf die eher kleinen Geschichten lenken, die uns Einblick in die Herausforderungen des Aufbaus und der Sicherung der ersten Ausbildungsinstitute Sozialer Arbeit beziehungsweise Fürsorge gewähren. Wir werden dazu vor allem die von Rezession und Inflation sowie den instabilen politischen Verhältnissen gekennzeichneten frühen Jahre in den Blick nehmen, in denen der Aufbau und die Etablierung der Institution in Hamburg hartnäckig und erfolgreich betrieben wurde. Neben der hier dargestellten Vernetzungsarbeit und dem Kampf um notwendige Ressourcen für den Erhalt der Schule und den Lebensunterhalt der Lehrenden und Schülerinnen wurden weitere Themen bearbeitet, die nach und nach der Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. In den folgenden Ausführungen möchten wir uns den frühen Jahren des Anfangs und Aufbaus dieser Institution widmen, wobei uns insbesondere die Aufrechterhaltung der Institution in den krisenge-

***Anmerkung** Der Aufsatz basiert im Wesentlichen auf einer im Rahmen einer Studienarbeit von *Stephan Larisch* durchgeführten Dokumentenanalyse, die in einer Geschichtswerkstatt unter Leitung von *Prof. Dr. Dieter Röh* und *Prof. Dr. Frauke Schwarting* im Sommersemester 2010 entstand und in der das bei einem Standortwechsel des Departments „entdeckte“ Archivmaterial gesichtet und für Forschungsfragen erschlossen wurde.

schüttelten 1920er-Jahren interessiert, die augenscheinlich nur durch die intensive Unterstützung zahlreicher ebenso wohlhabender wie einflussreicher Hamburger Persönlichkeiten gewährleistet werden konnte. Es soll daher gezeigt werden, wie es gemeinsam mit Förderern, Unterstützern und Freunden aus Politik, Wirtschaft und gehobenem Bürgertum gelang, die Ausbildungsstätte für Fürsorgerinnen aufzubauen und unter wirtschaftlich wie gesellschaftlich äußerst schlechten Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten.

Der Schriftverkehr aus diesen Jahren bietet einen erstaunlichen Einblick in die durch Ausdauer und Beharrlichkeit geprägten Aktivitäten der Pionierinnen hinsichtlich der Vernetzung und Engagementförderung. Die vorliegenden Dokumente, dies sind vor allem Briefe an Förderer und Unterstützer, zeugen von einer Kraft und einem Willen zur Erhaltung der Aus- und Weiterbildungseinrichtung für Wohlfahrtspflegerinnen, die die Akteurinnen auch zur fast demütigen Bittstellerei befähigte, jedenfalls aber zum beharrlichen Einsatz für beide Institutionen. Auch wenn viele Aktivitäten der damaligen Schulleiterinnen ein „Handeln in Not“ waren und unter veränderten historischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen keinesfalls als vorbildhaft angesehen werden können, kann man doch ihr Engagement für den Erhalt der Schule und die intensive Vernetzung mit dem damaligen politischen und finanzpolitischen Machtzentrum der Hansestadt nur bestaunen. Mit großem Mut und unermüdlicher Tatkraft gelang es zunächst *Gertrud Bäumer* und *Marie Baum* und später vor allem *Margarete Treuge*, den Betrieb ihrer Ausbildungsinstitution aufrechtzuerhalten. Besonderes letztere ließ dabei nichts unversucht, die notwendigen Ressourcen zu sichern. Allerdings konnte sie sich der vor allem unter dem ökonomischen Druck der Inflation erzwungenen Verstaatlichung der Schule im Jahr 1923 nicht erwehren. Aber auch mit der Verstaatlichung war die Krise noch nicht überwunden, wie die Dokumente eindrücklich beweisen.¹

Die Gründung der Sozialen Frauenschule und des Sozialpädagogischen Instituts | Die

bezüglich ihrer ideellen Wurzeln als typisch anzusehende Gründung der Sozialen Frauenschule und des Sozialpädagogischen Instituts (SPI) erfolgte in Hamburg 1916 durch führende Persönlichkeiten der da-

¹ Es wurde nur das umfassende Archivmaterial von 1921 bis 1926 ausgewertet. Weitere Dokumente nach 1926 befinden sich im Hamburger Staatsarchiv.

maligen hanseatischen Fürsorgepolitik. Einem der Gründungsdokumente aus diesem Jahr kann man die Motivation zur Institutsgründung entnehmen: „Die Gründung der sozialen Frauenschule und des sozialpädagogischen Institutes in Hamburg steht in engster Verbindung mit den sozialen Eindrücken und Wirkungen des Krieges. Die weibliche Jugend, die in verschiedenen Zweigen der Kriegshilfe freiwilligen Vaterlandsdienst leistete, fand in der sozialen Arbeit ein Feld befriedigenden Wirkens. Viele hatten den Wunsch, die freiwillige Arbeit zu einem Beruf werden zu lassen, oder doch mit Berufsernst und sachlichem Verständnis zu durchdringen. Das Einzelne, die Teilarbeit, lockte zum geistigen Erfassen des ganzen Gebietes, dem sie angehörte. Aus dem Pflichtgefühl, das zum Helferdienst getrieben hatte, entstand ein dauerndes gefestigtes Bewußtsein, das sich rüsten wollte, um den kommenden Aufgaben des Friedens noch besser dienen zu können“ (*Staatsarchiv Hamburg*, Signatur A 558/85).

Vor diesem Hintergrund hatte der damalige Vorsitzende der Hamburgischen Gesellschaft für Wohltätigkeit, Senator *Lattmann*, die Errichtung einer sozialen Frauenschule angeregt, auch um den jungen Frauen nach dem Krieg infolge des zu erwartenden Mangels an Männern als potenzielle Ehepartner und Versorger eine eigene Erwerbsmöglichkeit zu verschaffen. *Johannes August Lattmann* (1858-1936) hatte es als Mitinhaber der Handelsfirma G. Amsinck & Co. in New York zu beachtlichem Vermögen gebracht, so dass er als Privatier von 1912 bis 1919 als liberal-fortschrittlicher Senator und Leiter der hiesigen Armenbehörde, öffentlichen Jugendfürsorge und des Fortbildungswesens in Hamburg agierte. 1913 gründete er die Gesellschaft für Wohltätigkeit, deren Vorsitz er bis 1924 innehatte (*Staatsarchiv Hamburg*, ZAS 731-8, A 761). Um das Projekt einer sozialen Frauenschule zu verwirklichen, wurde 1916 zunächst der Trägerverein „Soziale Frauenschule & Sozialpädagogisches Institut“ gegründet, der die Schule und das SPI bis zur Verstaatlichung unterhielt (*Dünkel; Fesl* 1999, S. 9 ff.). Als erste Schulleiterinnen wurden *Gertrud Bäumer* und *Marie Baum* nach Hamburg berufen.

Gertrud Bäumer (1873-1954) lehrte nach einem Theologie- und Philosophiestudium von 1908 bis 1916 an der von *Alice Salomon* gegründeten Sozialen Frauenschule in Berlin. Auf Bitten *Lattmanns* und anderer Hamburger Honoratioren half sie beim Aufbau

einer Sozialen Frauenschule und übernahm 1916 deren Leitung. Als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) wurde sie 1919 in den Reichstag gewählt, dem sie bis 1932 angehörte. 1920 übernahm sie den Posten der Ministerialrätin der kulturpolitischen Abteilung im Reichsinnenministerium und die Leitung des Referats Jugendwohlfahrt und Schulwesen. Sie war maßgeblich an der Ausarbeitung des Jugendwohlfahrtsgesetzes von 1922/23 beteiligt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war sie Gründungsmitglied der CSU und betätigte sich sporadisch als Gastreferentin und Schriftstellerin. *Gertrud Bäumer* verortete die Sozialpädagogik in der Sozialpolitik und interpretierte sie als gesellschaftlichen Erziehungsauftrag jenseits von Familie und Schule (*Thorun* 1998).

Marie Baum (1874-1964) arbeitete nach einem Studium der Biologie, Chemie und Mathematik in Zürich zunächst als Gewerbeinspektorin im Freistaat Baden, wo sie die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen zu überprüfen hatte. Von 1907 bis 1916 war sie Geschäftsführerin des Vereins für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf. Dort vertiefte sie die Ursachenforschung der Säuglingssterblichkeit und regte Verbesserungen an. Im Herbst 1916 wurde sie aufgrund dieser Erfahrungen von *Gertrud Bäumer* nach Hamburg gebeten, um dort beim Aufbau der Sozialen Frauenschule zu helfen. Sie übernahm die Leitung der praktischen Ausbildung und lehrte Armen- und Wohlfahrtspflege, Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik. 1918 wechselte auch *Baum* in die Weimarer Nationalversammlung und anschließend in den Reichstag. Wegen der jüdischen Herkunft ihrer Großmutter entzogen ihr die Nazis sämtliche Lehraufträge. Erst 1946 durfte sie einem Lehrauftrag in Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg nachgehen (*Thorun* 1998).

1921 – Erste finanzielle Schwierigkeiten |

Nachdem *Bäumer* und *Baum* als Schulleiterinnen zurückgetreten waren, um sich der Politik widmen zu können, übernahm *Margarete Treuge* deren Funktion. Schon sehr früh musste sie sich vordringlich um die finanzielle Situation kümmern. *Margarete Treuge* (1876-1962) war studierte Oberlehrerin und aktives Mitglied in dem von *Helene Lange* gegründeten Allgemeinen Deutschen Lehrerinnen-Verein und nebenamtlich Lehrende an der Sozialen Frauenschule in Berlin. Ebenso wie *Bäumer* und *Baum* war sie Mit-

glied der DDP und folgte 1918 *Bäumers* Ruf nach Hamburg, um beim Aufbau einer Sozialen Frauenschule zu helfen. Nach *Bäumers* Ausscheiden übernahm sie die Leitung der praktischen Ausbildung und mit *Bäumers* Fortgang 1920 die der gesamten Schule. Bis 1933 blieb sie in der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung tätig. Die Nazis hielten sie für politisch unzuverlässig und versetzten sie 1934 mit gekürzten Bezügen in den vorzeitigen Ruhestand (*Thorun* 1998).

Eines der ersten Schreiben, mit dem eine Förderung beantragt wurde, ist datiert vom 15.12.1921 an den Hohen Senat der Stadt Hamburg. Im Namen des Kuratoriums des Gründungsvereins wurde um Bewilligung einer Beihilfe zu den bislang privaten Zuwendungen in Höhe von 100 000 Mark für das Haushaltsjahr 1922 ersucht. Hierdurch sollte der Fortbestand des SPI gewährleistet werden. Ebenso wurde nachträglich um 42 500 Mark für das Haushaltsjahr 1921 infolge inflationsbedingt gestiegener Preise und Gehälter gebeten. Es folgte eine detaillierte Aufstellung der Ausgaben seit der Eröffnung der Schule Ostern 1917. Diesen standen feste Jahresbeiträge und Spenden der Mitglieder des Trägervereins gegenüber, die erheblich zur Finanzierung beitrugen, im Ergebnis aber nicht ausreichten. Aus diesen Finanzierungsquellen konnten seit Ostern 1918 die Gehälter der beiden Leiterinnen *Bäumer* und *Baum*, das Gehalt einer hauptamtlichen Lehrkraft sowie das Gehalt der Geschäftsführerin und die Miete der Verwaltungsräume mit einer Gesamtsumme von 30 000 Mark bestritten werden. Im Winterhalbjahr 1921/1922 waren 23 Lehrende beschäftigt, die nur wenige Stunden im Semester referierten und keine Daueranstellung innehatten.

1922 – Freunde und Förderer sichern den Fortbestand der Schule |

Bereits im darauf folgenden Jahr erging erneut ein Rundschreiben an insgesamt 31 Mitglieder des Vereins, in dem darum gebeten wurde, die jeweiligen individuellen Jahresbeiträge angesichts der starken Geldentwertung zu erhöhen. Einige ausgewählte Beispiele von Hamburger Honoratioren, die sich mittels finanzieller Unterstützung am Erhalt der Einrichtung beteiligten, seien hier aufgeführt:

▲ So sollte der Gründer der Hamburger Werft Blohm & Voss, *Hermann Blohm* (1848-1930), seinen Mitgliedsbeitrag von 600 auf 1 200 Mark anheben. Gleiches galt für den Hamburger Bürgermeister *Carl Wilhelm Petersen* (1868-1933).

▲ Die Gattin des Kaffeeröstereibesitzers *Arthur Darboven*, *Anna Maria* (1883-1959), wurde gebeten, ihren Beitrag von 50 auf 1 000 Mark anzuheben. Des Weiteren wurde das jüdische Bankhaus *Levy Behrens & Söhne* als Fördermitglied angeschrieben, seinen Beitrag von 500 auf 1 000 Mark zu erhöhen.

▲ *Antonia Helene O'Swald* (1866-1949), Ehefrau des wohlhabenden Kaufmanns und Politikers *Ernst Alfred O'Swald*, übernahm nach Senator *Lattmanns* Ausscheiden als erster Vorsitzender des Ursprungsvereins „Soziale Frauenschule und Sozialpädagogisches Institut“ dessen Position.² Sie war eine der aktivsten Unterstützerinnen des SPI und wurde ersucht, ihren Beitrag von 100 auf 2 000 Mark zu erhöhen (*Deutsches Geschlechterbuch* 1927).

1923 – 1. Halbjahr, die wirtschaftliche Lage spitzt sich zu |

Am 6.6.1923 erfolgte rückwirkend zum 1.4.1923 die Verstaatlichung des SPI, indem der Verein den Großteil seiner Verpflichtungen dem Staat übertrug. Wenig später, am 25. Juni, erfolgte ein Einladungsschreiben zu einer ordentlichen Mitgliederversammlung der Freunde und Förderer des SPI am 3.7.1923. Dort sollte über die bisherige Arbeit des SPI, seine Verstaatlichung sowie über die neuen Aufgaben des bisherigen Trägervereins berichtet werden. Erwähnt wurde auch, dass künftig der Staat für die Berufsvorbereitung einträte. Das Schreiben warb vorab zugleich um eine Unterstützung zur Einrichtung einer neuen „Stätte der Erholung und des gemeinschaftsstärkenden Zusammenlebens“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*) in Form eines Sommerbeziehungsweise Ferienheimes, dem sogenannten Heide-Haus in der Lüneburger Heide. Unterzeichnet wurde das Schreiben von Staatsrat *Dr. Buehl* und *Treuge*.

Wilhelm A. Buehl (1860-1948) kommt im Zusammenhang mit dem SPI eine besondere Rolle zu, da er nach den vorliegenden Dokumenten ein großer politischer Unterstützer der Einrichtung gewesen sein muss. Er bekleidete von 1897 bis 1905 den Posten des Direktors des öffentlichen Armenwesens in Hamburg. Sein größtes Anliegen galt der Erweiterung des Hauspflegerinnensystems als Teil der öffentlichen

² Nachdem sich am 14.3.1916 das Kuratorium der Sozialen Frauenschule konstituiert hatte, gründete dieses am 18.5.1916 den Verein Soziale Frauenschule und Sozialpädagogisches Institut, welcher bis zur Verstaatlichung 1923 privater Träger der Einrichtung blieb. Hiernach erfolgte die Umbenennung in „Verein der Freunde und ehemaligen Schülerinnen des Sozialpädagogischen Institutes“.

Fürsorge für entbindende Frauen und Wöchnerinnen der Unterschicht. *Buehl* war zweiter Vorsitzender des Vereins (*Staatsarchiv Hamburg*, ZAS 731-8, A 752).

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung wurde ein Bericht erstellt, der im Wesentlichen wiedergibt, welche Lehrkräfte ausgeschieden waren und welche ihren Dienst aufgenommen hatten. Es wurde noch einmal erläutert, dass das Kuratorium angesichts der finanziellen Situation im Dezember 1922 genötigt sei, einen Antrag auf Übernahme des SPI durch den Staat zu stellen. Privat finanziert hatte sich die Einrichtung nicht mehr halten lassen. Die soziale Ausbildung sollte aber im bisherigen Stil weitergeführt werden. Der Verein sah seine Aufgabe nun darin, sich um diejenigen Menschen zu kümmern, die die Schule besuchten, und ihnen die Fortsetzung ihrer Ausbildung zu ermöglichen. Es wurde beschlossen, den Jahresbeitrag für das Jahr 1923 auf eine halbe Goldmark festzusetzen.

Weiter wurde erwähnt, dass alle 37 Schülerinnen der ersten Klasse die Staatsprüfung bestanden hätten. Eingeladen waren zu der Versammlung 57 Mitglieder. In den Monaten Juli und August des Jahres ging es im Schriftverkehr zwischen *Treuge* und dem Bankier *Max Warburg* um die unentgeltliche Nutzung von Telefon, Schreibmaschine etc. und die Inanspruchnahme von Büroangestellten in den Tätigkeitsfeldern des Vereins und des SPI. Es musste geklärt werden, wer wann, wie oft und welche dem SPI zur Verfügung stehenden Verwaltungseinrichtungen benutzen durfte, ohne es, wie *Warburg* andeutete, zu „Reibereien“ kommen zu lassen. *Warburg* stellte zeitgleich zehn Goldmark auf fünf Jahre in Aussicht, wenn die Angelegenheit seitens der zuständigen Behörde, welcher die Schule unterstellt war, geklärt werden würde. Die zuständige Berufsschulbehörde stimmte dem Anliegen *Warburgs* zur Mitbenutzung von Büroressourcen zu. Neben dem bereits erwähnten *Buehl* spielte *Warburg* eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung der Lehranstalt.

Der jüdische Bankier *Max Warburg* (Hamburg 1867-1946) war von 1904 bis 1919 Mitglied des Hamburger Parlaments, der Bürgerschaft, und seit 1928 Vorsitzender des 1901 gegründeten Hilfsvereins der Juden in Deutschland. Nach der Machtergreifung der Nazis verlor er sämtliche Ämter und emigrierte 1938 in die USA, nachdem er selbst in

den Jahren 1933 bis 1938 in seiner Vereinsfunktion und über Möglichkeiten seines Bankhauses 75 000 jüdischen Bürgerinnen und Bürgern das Leben gerettet hatte, indem er ihnen zur Ausreise verhalf. *Warburg* war vermutlich einer der größten Geldgeber und zeitweise auch der erste Schatzmeister des Vereins (*Hoffmann* 2009). Am 15.8.1923 teilte *Warburg* mit, dass durch Vermittlung *Buehls* ein Konsens mit der Berufsschulbehörde in Sachen Mitbenutzung staatlichen Eigentums wie der Büroräume, des Telefons etc. durch den Verein erzielt worden sei. So sollte in die Akte der Sozialen Frauenschule folgende Notiz aufgenommen werden: „Der Herr Präses hat auf Vortrag genehmigt, dass der Verein der Freunde und ehemaligen Schülerinnen des Sozialpädagogischen Institutes das Büro der Schule für Arbeiten, die im Interesse der Schule und ihrer Schülerinnen liegen, unentgeltlich benutzen können“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*).

1923 – 2. Halbjahr, die Krise hält an | Das Ausmaß der Inflation wurde im August 1923 deutlich, als der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie (HAPAG) *Dr. Martin Haller* 3,5 Millionen Reichsmark und im September erneut 11,06 Millionen Reichsmark aus den Einnahmen durch Schiffsbesichtigungen an das Institut überwies. *Martin Ferdinand Haller* (1871-1963), Architektensohn und Bruder von *Toni O'Swald*, wurde 1902 von *Albert Ballin* überzeugt, in den Vorstand der HAPAG einzutreten (*Staatsarchiv Hamburg, ZAS 731-8, A 758*). Bereits am 5.9.1923 beklagte sich *Treuge* in einem Schreiben an *O'Swald*, dass derzeit „Ebbe in der Kasse“ sei. Die 3,5 Millionen von der Hamburg-Amerika-Linie deckten nicht annähernd die bescheidenste Anschaffung. Bezahlt werden konnte davon lediglich die letzte Gasrechnung! Auch die Besoldung des Bürolehrlings *Gertrud Lübbbers*, die laut Tarif eigentlich monatlich 10 Millionen hätte erhalten müssen, galt als noch nicht abgesichert. Aus diesem Brief geht deutlich hervor, dass es zwischen *Warburg* und *Treuge* Spannungen gegeben haben muss. Denn sie äußerte sich *O'Swald* gegenüber, dass „ich bange bin an ihn erneut heranzutreten in Angelegenheiten des Bürokörpers“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*). Sie befürwortete, dass sie mit all ihren Anliegen auch bei Senator *Lattmann* nur noch „Seufzen und Stöhnen“ (*ebd.*) auslösen würde. Abschließend bat *Treuge O'Swald* bei all ihren Klagen und Bitten um „Nachsicht, wo Sie mir doch eine große Unterstützung sind“ (*ebd.*).

Am 1.10.1923 überwies *Arthur Darboven* im Namen seiner Frau *Anna Maria* 20 Millionen Reichsmark in Form einer halben Goldmark. Dem folgte am 15. Oktober ein Rundschreiben an die ehemaligen Schülerinnen über die beschlossene Festsetzung des Jahresbeitrags auf eine halbe Goldmark und die Information, dass einige ehemalige Schülerinnen Patenschaften für derzeitige Schülerinnen zur Gewährleistung des Mittagstisches für die Dauer der Ausbildung übernommen hatten. Weil nun als Maßnahme gegen die Inflation sämtliche Preise in Goldmarkwert festgelegt worden waren, wurde in dem Schreiben auch um Spenden von Wirtschaftsgegenständen wie Töpfen, Tellern, Besteck, Lebensmitteln, Kakao und „Tee in besonderem Maße“ gebeten. Weiter heißt es da, „daß die billige Schulspeisung, der Stipendienfond der Helene Bonfort-Stiftung für Unterhaltsbeihilfen, das Heide-Haus für Freizeit und Erholung, die Fachbücherei, die Stellenvermittlung und die Beschaffung billigen und geeigneten Wohnraums für die Schülerinnen nur aus freiwilligen Kräften zu halten ist, weshalb um weitere Einzahlungen gebeten wird“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*).

Wie angespannt die finanzielle Situation 1923 für das SPI war, geht deutlich aus einem Schreiben vom 22.10. an *Warburg* hervor. Darin bat *Treuge* ihn „angesichts großer Geldknappheit bei den Schülerinnen“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*) um eine Barauszahlung seines jährlichen Beitrags von zehn Goldmark, um Brot kaufen zu können. In seiner zwei Tage später erfolgenden Antwort willigte er ein und bot an, sich das Geld an der Kasse in seinem Hause abzuholen. Ferner bot er an, die eigentlich für Weihnachten bestimmten Lebensmittelkisten schon jetzt an das SPI ausliefern zu lassen. Wobei er sich absolutes Stillschweigen darüber erbat, da er als Spender ungenannt bleiben wollte. Infolge der Festsetzung der Preise in Goldmarkwert durchlitten nach *O'Swalds* Beschreibung die Schülerinnen, bei welchen es sich um „Mädchen des gebildeten Mittelstandes, Töchter von Ärzten, Geistlichen, Juristen, Lehrern usw. handelte, derzeit größte wirtschaftliche Not“ (*ebd.*).

Am 15.11.1923 teilte *Warburg Treuge* mit, dass der Hamburgische Landesverein des Roten Kreuzes in der kommenden Woche fünf Lebensmittelkisten liefern würde. Woraufhin sich *Treuge* am 10.12.1923 bei ihm für die Lieferung bedankte und dabei den „Reichtum und die Fülle der Gaben“ hervorhob,

„wodurch es mir möglich war, den mehr als die Hälfte in wirtschaftliche Not und Bedrängnis geratenen Schülerinnen ein feines Paket zusammenzustellen“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*). Sie berichtete davon, 33 solcher Päckchen und zudem noch jeder Klasse Mehl und weitere Zutaten ausgegeben zu haben, um für die Adventsfeier etwas Weihnachtsgebäck herstellen zu können. Dabei betonte sie, dass keine der Schülerinnen den Namen des Sponsors erfahren hätte.

1924 – Der staatliche Einfluss nimmt zu, die Not hält an | Die Stabilisierung der Währungsverhältnisse zeigte erste Ergebnisse. Nunmehr kostete der Mittagstisch pro Tag 30 Pfennige, der monatliche Freitisch 7,50 Mark. Dennoch mangelte es an Geld und so erging am 14. Januar ein Schreiben, diesmal an Herrn *H. Kippenberg*, mit der Bitte um eine Spende zur Einrichtung eines Wohnheimes für auswärtige Schülerinnen als günstigen Wohnraum, um das nähere Beisammensein zu fördern. Der in Bremen ansässige *Kippenberg* antwortete am 24.1.1924, „[...] es freut mich sehr, dass der Fortbestand nunmehr durch die staatliche Übernahme gesichert ist und Sie mich als Freund der Einrichtung betrachten. Ich sehe mich jedoch derzeit nicht in der Lage, finanzielle Hilfestellung zu gewähren, da meine Mittel bereits aufgebraucht sind“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*). Daher erfolgte im Februar ein allgemeiner Spendenaufruf zugunsten eines Studentinnen-Wohnheimes, der vom damaligen Hamburger Bürgermeister *Petersen* unterstützt wurde.

Um weitere Einnahmen zu erzielen, wurden unter anderem Vorträge organisiert. Einer dieser Vorträge wurde von *Gertrud Bäumer* gehalten, bei der sich *Treuge* mit Schreiben vom 6.10.1924 an „die Frau Ministerialrat Dr. Bäumer“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*) in Berlin für deren Zusage bedankte. Des Weiteren teilte sie *Bäumer* die Wünsche einiger Honoratioren des Kuratoriums mit: So wünschten sich Frau *Darboven*, Frau *O'Swald* und Herr Senator *Stubmann* an erster Stelle einen Vortrag „über Goethe, dann Kant oder drittens ein soziales Thema“ (*ebd.*). *Treuge* bevorzugte das soziale Thema. Sie schlug *Bäumer* den 29.11. als Veranstaltungstag vor, weil in der darauf folgenden Woche die Generalversammlung der Freunde und ehemaligen Schülerinnen stattfinden würde, „was wichtig sei, da zu der Zeit die Teilnehmer ‚mehr Geld und Gebefreundlichkeit besäßen‘“ (*ebd.*).

In ihrem Antwortschreiben vom 9. Oktober äußerte *Bäumer* den Wunsch, den Vortrag an einem Sonnabend halten zu dürfen. Sie könne thematisch Religion und Natur in *Goethes Weltbewusstsein* oder „die gegenwärtige Krisis der sozialen Idee“ (*ebd.*) vortragen. Letzteres unterstrich *Treuge* in dem Schreiben mit einem dicken Stift. Für den Vortrag wurde am 17.10. bei der Hochschulbehörde der große Hörsaal der Kunsthalle für den 25.10. um 19.30 Uhr beantragt. Der Eintritt sollte 2 Mark betragen, das Thema lautete: „Die gegenwärtige Krisis der sozialen Idee: Frau Ministerialrätin Dr. Gertrud Bäumer“ (*ebd.*). Zufrieden stellte *Treuge* am 29.10. gegenüber *O'Swald* fest, dass der Vortrag einen Reingewinn von 700 Mark erbracht hatte und zirka 350 Gäste anwesend waren.

Der Kontakt zwischen Freunden und Förderern des SPI und der Leitung bestand anscheinend nicht nur auf finanzieller und formaler Ebene, es ist in den Schreiben durchaus auch ein persönliches Verhältnis und aufrichtiges Interesse aneinander erkennbar. Für die am 7.12.1924 in der Schule veranstaltete Adventsfeier waren einige Honoratioren eingeladen worden und so finden sich im Archiv zwei Antwortschreiben, die auch ein wenig über die Eigenarten ihrer Absender Auskunft geben. Eine Karte stammte von *Helene Bonfort*, die ihre Teilnahme am 29.11. zusagte und zusätzlich schrieb: „[...] gerne komme ich, besonders dann wenn es pünktlich (unterstrichen, Anmerkung der Verfasser) beginnen wird!“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*). *Max Warburg* bestätigte, auch im Namen seiner Gattin, die Teilnahme am 25.11. in der Hoffnung, „daß der Kaffee dann noch warm ist, da wir die Vorweihnachtsstollen in Kaffee getunckt essen wollen“ (*ebd.*).

Kurz vor Weihnachten, am 22.12., schrieb *Treuge* an *Warburg* mit der Bitte um Unterstützung bei der Durchsetzung von Vereinbarungen aus dem Vorjahr, wonach das Lehrpersonal genauso bezahlt werden sollte wie bisher. Ein gewisser Herr *Hey* hatte ihrer Wahrnehmung nach nur wenig Verständnis für die „Eigenart unserer Anstalt“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*) und deshalb andere Besoldungsmaßstäbe setzen wollen. In einem am selben Tag gestellten Antrag auf Erhöhung der Dozentengehälter wünschte sie sich eine Angleichung an die Gehälter der Volkshochschule. Sie warnte, dass viele Lehrkräfte bereits signalisiert hätten, unter den bisherigen Umständen ihre Lehrtätigkeit einzustellen und somit sei

der „Hochstand des Vorlesungswesens“ (ebd.) gefährdet sei. Daher forderte sie eine „honorarmäßige Angleichung an die Volksschule, weil die wissenschaftliche Durchdringung des Stoffes sowie dessen Darlegung ebenso hoch sind“ (ebd.). Sie hob die kritische Zuhörerschaft ihrer Schülerinnen gegenüber den Jugendlichen als unkritische Zuhörer von Berufsschullehrern und der dortigen Vereinfachung von Unterrichtsinhalten als Argument hervor. Hierauf reagierte *Warburg* am 27.12. und bat um nähere Angaben zu den Dozentengehältern des letzten Semesters. *Treuge* antwortete daraufhin am 30.12., dass für das Trimester vom September bis Dezember 1 458 Mark gezahlt worden seien, der Satz der Volkshochschule sich aber auf 2 625 Mark belaufe.

Die zweijährige Soziale Frauenschule war am 20.12.1920 von der Oberschulbehörde als Wohlfahrtsschule staatlich anerkannt und nach der Verstaatlichung als SPI in die Berufsschulbehörde unter Oberschulrat *Dr. Otto Lohse* eingegliedert worden. Staatsrat *Otto Lohse* (1865-1946) folgte *Buehl* 1905 auf den Posten des Direktors des öffentlichen Armenwesens und bekleidete das Amt bis 1920. Sein wichtigstes Arbeitsgebiet war die Kriegsfürsorge. Auf seine Initiative hin wurden neue Gesetze zur Zwangserziehung und öffentlichen Fürsorge für Minderjährige erlassen. Er selbst lehrte zwischenzeitlich am SPI. Seine Frau *Maria* geb. *Windscheid* wirkte als Schriftführerin des Vereins (*Staatsarchiv Hamburg*, ZAS 731-8, A 761).

1925 – Gleichberechtigung bei der Lehrkraftbesoldung | Die Finanzdeputation unter *Carl Johann Cohn* (1857-1931), von 1924 bis 1929 Hamburger Finanzsenator, schrieb am 7.2.1925 an *Warburg*, dass die Vergütung der Hilfslehrer am SPI sowie der übrigen Schulen der Berufsschulbehörde im Einvernehmen mit der Finanzdeputation und Berufsschulbehörde trotz Anhörung von *Treuge* festgesetzt sei. Insofern war das Gesuch um eine allgemeine Angleichung abgelehnt worden (*Staatsarchiv Hamburg*, ZAS 731-8, A 753). Einen Monat später, am 8. März, schrieb *Warburg* an *Treuge*, dass er für die Differenz bei den Gehältern im Jahre 1925 aufkommen wolle. Hierauf bedankte sie sich am 6. April und erwähnte, dass die Finanzdeputation überraschenderweise letztlich dahingehend eingewilligt hätte, besonders hoch qualifizierte Lehrkräfte ausnahmsweise in ihrem Sinne zu honorieren. In einem Schreiben vom 29. Mai an *Warburg* eröffnete *Treuge* die Perspektive, dass die

Berufsschulbehörde künftig die Honorare für akademische Kräfte auf fünf Reichsmark die Stunde erhöhen würde, wobei diese Angelegenheit noch nicht endgültig entschieden sei. Daher wollte sie nun doch von dem „freundlichen Angebot jetzt Gebrauch machen, um den Dozenten die Differenzsumme durch Ihre Hilfe auszahlen zu können. Die Gesamtsumme beträgt diesen Monat (Mai) 145 M, die sich auf 10 Lehrkräfte verteilt“ (*Archiv des Departments Soziale Arbeit*). Am 1.6.1925 bezahlte *Warburg* die 145 Mark für Dozentengehälter und teilte *Treuge* am 24. Juni mit, dass er seinen Jahresbeitrag auf 100 Mark erhöhen wolle.

Da das Thema der Dozentengehälter noch nicht geklärt war, als sich *Treuge* am 23.7. bei *Warburg* für die 175,50 Reichsmark zur Deckung der Juni-Honorare bedankte, kündigte sie schon einmal „ergebendst“ an, dass die Zusatzhonorare für Juli 88,75 Reichsmark betrügen und auch wenn im August und September Ferien seien, die Honorarzahungen weitergeführt werden müssten. Sie gab ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es im Herbst 1925 endlich zu einer Neuregelung seitens des Staates kommen werde. Doch bis zur letztendlichen Klärung sollte über ein Jahr vergehen. Erst am 1.2.1927 erhielt *Treuge* den positiven Bescheid seitens der Berufsschulbehörde, dass gemäß des Senatsbeschlusses vom 3. Januar die Besoldung für vollakademische Lehrkräfte des SPI denen der Hochschulbehörde und der Volksschule angeglichen würde. Demnach sollten die Lehrkräfte 15 Reichsmark für eine Einzelstunde und 25 Reichsmark für die Doppelstunde erhalten (*Staatsarchiv Hamburg*, 362-5 Nr. 7 Bd.).

Die Entwicklung nach 1933 | Mit der Zwangspensionierung *Treuges* im Juli 1933 übernahm zunächst das NSDAP-Mitglied *Heinrich Meyer* die Leitung und von 1939 bis 1945 *Horst Fickert*, obwohl beiden die erforderliche Qualifikation fehlte. Im Zuge der ideologischen Gleichschaltung wurde das SPI 1934 in „Volkspflegeschule des staatl. Sozialpädagogischen Institutes“ umbenannt. Zu den bisherigen Unterrichtsfächern kamen nun auch Rassenkunde, Deutsche Volkskultur, Nationalsozialistische Volkspflege, Erbgesundheitspflege und Ähnliches hinzu (*Dünkel* 1998). Die Ausbildung wurde während des Krieges nicht unterbrochen. Anlässlich des Todes *Gertrud Bäumers* 1954 wurde die Schule im Juli des Jahres in „Sozialpädagogisches Institut der Freien

und Hansestadt Hamburg (*Gertrud-Bäumer-Schule*)“ umbenannt. Im Verlauf der Hochschulreform von 1970 erhielt die Schule am 1.4.1970 den Status der Fachhochschule für den Fachbereich Sozialpädagogik und ist heute das Department Soziale Arbeit an der Fakultät Wirtschaft und Soziales der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg.

Schlussbemerkungen | Nach der Gründung der Sozialen Frauenschule und des SPI 1916 durch *Gertrud Bäumer* und *Marie Baum* waren insbesondere die 1920er-Jahre für die damalige Schulleiterin *Margarete Treuge* eine harte Zeit, in der sie sich beständig um die wirtschaftliche Lage der Einrichtung kümmern musste. Dies gelang nur dank einer sehr aktiven Vernetzung mit einflussreichen Persönlichkeiten aus der Hamburger Kaufmannschaft und der Politik.

Leider geben die Unterlagen des Archivs keinen Aufschluss darüber, welche Motive diese Personen antrieb, sich für die Soziale Frauenschule in diesem Maße einzusetzen. Nicht unerheblich erscheinen uns jedoch zwei Faktoren: Erstens waren viele der Protagonisten jüdischen Glaubens und bezogen hieraus eventuell ein Motiv für ihr soziales Engagement. Zweitens waren sicher viele der Förderer und Freunde der Sozialen Frauenschule von der damals im Bürgertum verbreiteten philanthropischen Gesinnung oder einem Sozialreformismus beseelt. Ähnlich wie der Gründer des ersten Hamburger Volksheims, *Wilhelm Classen*, sahen auch sie im „sozialen Rittertum“ (*Classen* 1900) eine bürgerliche Pflicht und nicht zuletzt auch Notwendigkeit, da sie angesichts ihres vor allem durch industrielle und kaufmännische Tätigkeit entstandenen Reichtums und Ansehens in einer drohenden proletarischen Revolution einiges zu verlieren gehabt hätten.

Ebenfalls ist aus den uns vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich, wie die damalige Leitung der Sozialen Frauenschule mit diesen Fragen umging. War ihr der Hintergrund des bürgerlichen Engagements der Förderer bekannt und bewusst? Ging sie aus strategischen Gründen diese Bündnisse ein? Sah sie die Motive der Förderer als redlich an? Welche Sicht hatten sie und die Förderer auf die Funktion und Aufgabe einer professionellen Fürsorge angesichts der drohenden beziehungsweise aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche und Notlagen? Diese und darüber hinausgehende Fragen sollten Gegenstand weiterer histori-

scher Analysen sein. Wir hoffen, unsere Archivmaterialien gemeinsam mit den im Hamburger Staatsarchiv vorhandenen Unterlagen in absehbarer Zeit einer interessierten Fachöffentlichkeit zugänglich machen zu können.

Stephan Larisch studiert Soziale Arbeit im sechsten Semester des Bachelorstudiengangs an der HAW. Privatadresse: Bei den Mühlen 6, 20457 Hamburg, E-Mail: stephan_christian-larisch@t-online.de

Prof. Dr. Dieter Röh, Dipl.-Sozialarbeiter und Dipl.-Sozialpädagoge, lehrt Sozialarbeitswissenschaften an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW), Alexanderstraße 1, 20099 Hamburg, E-Mail: dieter.roeh@haw-hamburg.de

Literatur

Amthor, Ralph Christian: Geschichte der Berufsausbildung in der Sozialen Arbeit. Weinheim/München 2003

Archiv des Departments Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg: Schriftverkehr des Sozialpädagogischen Institutes/Soziale Frauenschule, 1921 bis 1930

Classen, Walther: Sociales Rittertum in England. Ein Reisebericht. Hamburg 1900

Deutsches Geschlechterbuch Band 51, Hamburger Geschlechterbuch Band 7. Görlitz 1927

Dünel, Barbara: Die Ausbildung zur Volkspflegerin am Hamburger Sozialpädagogischen Institut während der NS-Zeit. In: Standpunkt: sozial, Sonderheft 6/1998

Dünel, Barbara; Fesl, Verena: Von der Sozialen Frauenschule zur NS-Volkspflegeausbildung: das Hamburger Sozialpädagogische Institut 1917-1945. Münster 1999

Hoffmann, Gabriele: Max M. Warburg. Hamburg 2009

Müller, C. Wolfgang: Wie Helfen zum Beruf wurde, Band 2. Weinheim/Basel 1994

Sachße, Christoph; Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Band 1. Stuttgart 1998

Staatsarchiv Hamburg: Replik 362-5, 1916-1962 SPI, Zeitungsartikelarchiv (ZAS, Signatur 731-8)

Thorun, Walter: Die Nachkriegszeit. In: Standpunkt: sozial 3/1992

Thorun, Walter: Marie Baum, Gertrud Bäumer, Margarete Treuge. In: Hugo Maier (Hrsg.): Who is who der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 1998

Wendt, Wolf-Rainer: Geschichte der Sozialen Arbeit. Stuttgart 2008